Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67877.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67877.

Nr. 26. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 31. Januar 1933. | 15. Jahrgang.

Ob jung, ob alt, das ist wohl gleich,
Ist nur das Ewige in deinem Bereich,
Ins ew'ge Licht das Irdische getaucht,
Das ist's, was deine Seele braucht.

W. Steinhausen.

Zur Reform der Siedlungsbehörden.

Von Franz Behrens, M.d.R.

Die Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung vom 3. September 1932 hebt u. a. auch die Landeskulturämter, die Nachfolger der in der Zeit der Stein-Hardenbergschen Reform eingerichteten früheren Generalkommissionen, auf und gliedert sie mit Wirkung vom 1. April 1933 an in die Regierungen ein.

Diese Regelung ist weder eine Vereinfachung noch eine Verbilligung der Verwaltung.

Der Geschäftsbereich der Landeskulturämter umfaßt landeskulturelle Aufgaben, insbesondere die Siedlung und die Umlegung, Meliorationen, Ablösungsverfahren usw.

Alle Aufgaben der Landeskulturämter, insbesondere die Siedlung — sowohl die Neu- wie die Anliegersiedlung — sind rein wirtschaftliche Maßnahmen, die das ganze deutsche Volk will. Sie sollten in jeder Beziehung von politischen Strömungen freigehalten werden. Dies ist ist aber kaum möglich, wenn z. B. die Siedlung politischen Beamten unterstellt wird. Es wäre daher richtig gewesen, die Landeskulturämter als selbständige, rein unpolitische Sonderverwaltungen bestehen zu lassen. Nach Mitteilung des Reichskanzlers sollen demnächst 800 000 Morgen zur Siedlung in Preußen bereitgestellt werden. Anstatt nun die Organisation in der bisherigen Form bestehen zu lassen, reißt man aus dieser das Mittelstück, die provinzielle Stelle für die Siedlung, heraus, und doktert daran herum, wie man die Organisation neu regelt. Dadurch schafft man Unruhe unter den Beamten und Angestellten, die sich in 10 Jahren in das Gebiet der Siedlung eingearbeitet haben, und wirkt hemmend auf den Verwaltungskörper und damit auf die Siedlung.

Will man aber tatsächlich in Ausführung der Notverordnung den Landeskulturämtern ihre Selbständigkeit nehmen, so könnte man sie äußersten Falles an die Oberpräsidien in der Weise angliedern, daß sie personell zwar dem Oberpräsidenten, als Abteilung siedlungstechnisch jedoch nur dem Fachminister, bezw. dem Reichskommissar, unterstehen. In diesem Falle würde die so unbedingt notwendige einheitliche Linie in der Siedlung auch fernerhin gewahrt bleiben.

Hierfür sprechen u. a. folgende Gründe:

Zusammenhalten der Erfahrungen speziell auf dem Gebiete der Siedlungstechnik und Aufstellen der Einteilungs- und Auseinandersetzungspläne.

Wahrung der Einheitlichkeit bei der Bearbeitung der Dienstgeschäfte innerhalb der Provinz: 1. Taxe der Güter, 2. später der Siedlungen, 3. bei Finanzierung, 4. bei Festsetzung der Leistungen, wie z. B. für Wege, Schule, Kirche.

Weitere Ausnutzung vorhandener Arbeitskräfte, da durch geschlossene Verwertung größere Arbeitsmengen gewährleistet sind als bei deren Zersplitterung.

Besserer Ausgleich der in der Provinz vorhandenen Arbeitskräfte bei Arbeitsverschiebungen. Heranbildung des Nachwuchses. Verkehr mit Provinzialbehörden.

Die Abteilung beim Oberpräsidium ist die gegebene Instanz für Entscheidungen bei Beschwerden gegen provinzielle Siedlungsgesellschaften.

Die Einwände, daß eine Angliederung an die Oberpräsidien nicht erfolgen könne, weil die Oberpräsidien in jeder Weise entlastet werden müßten, sind überholt, da tatsächlich Provinzialschulkollegium und Wasserbauämter beim Oberpräsidium geblieben und Oberpräsident und Regierungspräsident in Personalunion nicht verbunden sind.

Für den Anschluß der Landeskulturbehörden als geschlossene Abteilungen an einen Regierungspräsidenten der Provinz sprechen dieselben Gründe, die für die Beibehaltung einer geschlossenen Abteilung bei den Oberpräsidien angeführt sind. Doch stehen dieser Angliederung an einen Regierungspräsidenten die schweren Bedenken entgegen, die durch das unvermeidbare Hineinregieren in die Bezirke anderer Regierungspräsidenten der Provinz und dessen Folgen herbeigeführt werden.

Die Atomisierung der Landeskulturämter durch Eingliederung in die Regierungen allgemein ist abzulehnen.

Kostenersparnis würde nicht eintreten, da eine erhebliche Personalvermehrung nötig würde, während z. B. bei Beibehaltung einer Landeskulturabteilung in der Provinz nur je ein landwirtschaftlicher Sachverständiger und Vermessungsrat nötig wäre, müssen bei Eingliederung in die Regierung diese Beamten an jeder Regierung geschaffen werden.

Jegliche Einheitlichkeit bei der Bearbeitung würde verloren gehen.

Eine wesentliche Mehrbelastung in der Zentralinstanz würde die Vermehrung der somit geschaffenen größeren Zahl der Dienststellen zur Folge haben.

Es sind auch Bestrebungen im Gange, die Siedlung auf das Reich zu übernehmen, da Preußen die notwendigen Mittel zur Finanzierung der Siedlung fehlen. Andererseits verfügt aber Preußen über einen seit 10 Jahren eingearbeiteten Beamtenapparat, während das Reich bisher weder eine provinzielle noch eine lokale Stelle für die Siedlung in preußischem Gebiet hat.

Will das Reich sich mit der finanziellen Hergabe der Mittel nicht begnügen, so wäre eine Auftragserteilung des Reiches an Preußen das Gegebene, dies um so mehr bei Angliederung an die Oberpräsidenten, wenn der Oberpräsident zugleich Kommissar des Reichs würde. Die in der Verordnung in Aussicht genommene Vereinfachung der Verwaltung würde dann in der Weise gegeben sein, daß Preußen, das in so erfolgreicher Weise bisher die Siedlung gefördert hat, sie mit den eingearbeiteten Kräften weiter zum Segen des Vaterlandes fördert und das Reich — soweit es Preußen angeht — sich nur auf die Hergabe der Mittel durch die Siedlungsbank, die als Ersatz für die frühere Preußische Staatsbank und Landesrentenbank notwendig wäre, beschränkt. Infolge der Auftragserteilung wäre das Reich dann jederzeit in der Lage, an den preußischen Richtlinien mitzuwirken. **Es ist unbedingt nötig, daß der Schwebezustand nun endlich beseitigt wird.**

Neben der Siedlung soll die landeskulturell so überaus förderliche Umlegung, das heißt die Zusammenlegung unwirtschaftlich gelegener Landflächen nicht unerwähnt bleibens Die Umlegung hat bisher, wenigstens im Osten, zurückgestellt werden müssen, weil nicht genügend Beamte vorhanden sind, um sie zu bearbeiten. Es wäre höchste Zeit, daß Umlegungen auch im Osten wieder in Gang kämen. Mit Recht hat man die Umlegung die beste aller Meliorationen genannt. Sie ist eine der Voraussetzungen für die Wiederherstellung der fast völlig zerrütteten Rentabilität der bäuerlichen Wirtschaft. Nach der Statistik harren noch rd. 2,5 Mill. Morgen umlegungsbedürftiger Fläche der Umlegung. Umlegung und Siedlung müssen in einer Behörde vereinigt bleiben, denn diese Behörde ist auf Spezialarbeiten eingestellt und mit ihnen vertraut. Siedlung und Umlegung verfolgen beide dasselbe Ziel, die landeskulturelle Förderung landwirtschaftlicher Betriebe. Mit der Umlegung ist auch häufig zum mindesten die Anliegersiedlung, d. h. die Hebung bestehender Kleinbetriebe verbunden.

Schließlich hat auch die zur Zuständigkeit der Landeskulturämter gehörige Bildung von Bodenverbesserungsgenossenschaften, die den Zweck haben, Oedland, Heide und ähnliche Ländereien unter Schaffung der Vorflut Herstellung der erforderlichen Wege, Be- und Entwässerungsanlagen in fruchtbaren Acker, Weiden und Wiesen umzuwandeln, gerade heute erhöhte Bedeutung. Neben dem zweckmäßigen Ausgleich der Kulturarten schaffen auch diese Maßnahmen Arbeit, Arbeit, nach der Millionen Deutscher sich sehnen.

Die Reform der Landeskulturverwaltung müßte dazu führen, alle selbständigen wirtschaftlichen Aufgaben der Provinzen, Kreise und Gemeinden der Selbstverwaltung dieser Verbände zu überlassen, alle Zweige der eigentlichen staatlichen Landeskulturpflege einschließlich Wasserwirtschaft und Meliorationen aber in einer großen Landeskulturbehörde zusammenzufassen. Diese wäre dann in der Lage, ihren eingearbeiteten Behördenapparat und die ihr zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel zielbewußt an richtiger Stelle einzusetzen zur Hebung der Landeskultur, zum Segen von Stadt und Land.

Wann ist Leben „lebenswert"?

Von Dr. med. Karl Stoevesandt-Bremen.

Die Frage der Erhaltung und Weiterpflanzung „lebensunwerten Lebens" wird im Hinblick auf die wirtschaftliche Verelendung breiter Volksschichten, gerade auch der biologisch gesunden, kinderreichen Familien lebhaft erörtert. Wir geben im folgenden einem Arzt das Wort. Seine Mitteilungen aus einem großen Beobachtungs- und Erfahrungsgebiet und seine Mahnung zur Vorsicht und zu innerlichstem Verantwortungsbewußtsein verdienen ernste Beachtung. Die Schriftleitung.

Wissenschaft trachtet immer danach, sich in lebendiges Handeln umzusetzen. Für die Naturwissenschaft ist es uns eine Selbstverständlichkeit geworden, daß sie das reine Forschen über die Zusammenhänge der Welt in Technik auswertet. Die Gegenwart erlebt diesen Vorgang an dem erst einige Jahrzehnte alten Forschungszweig der Erbwissenschaft, die gleich zu Beginn im praktisch denkenden England ihren technischen Ableger in der Lehre von der Eugenik schuf. Mehr als gemeinhin dem Gebildeten zum Bewußtsein kommt, beeinflußt sie allmählich soziale u. pädagogische Maßnahmen u. schickt sich an, dem Gesetzgeber Richtlinien zu geben. Das Bestreben ist begreiflich; es bleibt aber doch die Frage, ob die an Pflanze und Tier gewonnenen Resultate der Erblehre wirklich schon ausreichen, auf den Menschen mit seiner langsamen Generationenfolge, seiner spärlichen Nachkommenzahl und seiner hochkomplizierten Umwelt bindende Schlüsse zu ziehen und, was noch mehr ist, daraufhin eine Hochzucht des Menschen zu versuchen. Die Frage nach dem Wert, nämlich die Auswahl des Erstrebens-Werten, spielt bei der Zucht eine entscheidende Rolle. Bei Tier Pflanze will ich diese oder jene Eigenschaft herauszüchten, weil sie mir zu diesem oder jenem Zweck, und sei es nur eine Liebhaberei, paßt. Beim Menschen gibt es solche Einzelzwecke einer körperlichen oder geistigen Eigenschaft nicht. Selbst wenn sie züchtbar sein sollte. Was wir wünschten, das wären tüchtige, rechtschaffene Menschen „reinen Herzens und mit großen Gedanken", wie es Goethe gesagt hat. Das sind aber keine Einzelqualitäten im Sinn der Erbwissenschaft und kann also nicht Ziel einer Zucht sein.

Daher richten sich denn auch die Bemühungen um so stärker auf das Ausmerzen der Minderwertigen. Aber es entsteht dieselbe Frage: Wer ist minderwertig? Ja, noch mehr: Wo sind Minusvarianten erkennbar, deren Fortzucht weitere unerwünschte Generationen mit Sicherheit erwarten läßt? Haben wir schon Anhaltspunkte, da ganz bestimmt zu entscheiden? Die Frage ist durchaus zu verneinen, wenigstens auf dem Gebiet, das uns am stärksten interessiert, nämlich bei Verbrechen und Prostitution, also bei der asozialen Veranlagung. Wir können gerade hier durchaus noch nicht das Verhältnis von Anlage und Umwelt abwägen und müssen zugeben, daß in der verwandtschaftlichen Umgebung solcher Charaktere vollwertige Menschen reichlich vorkommen, und daß wir vom Asozialen nie sagen können, ob er nicht doch noch irgendwo und irgendwann zu einem nützlichen oder wenigstens unschädlichen Glied der Gesellschaft werden könnte, dessen Leben abzuschneiden wir nur das Recht des Stärkeren — sonst keines — hätten.

Es liegt da neuerdings in Preußen ein ernsthafter **Entwurf zu einem Gesetz zur freiwilligen Sterilisierung** vor. Schon, daß die Zustimmung des Betreffenden erforderlich ist, bedeutet, daß man eine Auslese unter den Minderwertigen trifft, indem man nur die sterilisiert, die die Einsicht über ihre Anlage aufbringen. Das wäre tragbar, wenn nur nicht die Entscheidung über das, was „lebensunwert" genannt werden muß, im Grunde unmöglich wäre. Es hört sich so überzeugend an, daß ein Geisteskranker sterilisiert werden soll oder darf. Aber wer sich im Leben und in der Geschichte umsieht, der weiß, daß gerade in Familien, in denen Geisteskrankheit vorkommt, sich auch produktivste Menschen finden. Die Wittelsbacher mit ihrer schweren erblichen Belastung stehen in engster Blutsverwandtschaft mit Friedrich dem Großen. Derartige Beispiele gibt es viele. Der Kranke selber, wenn er erst als solcher erkennbar ist, merzt sich zumeist von der Fortzucht aus. Aber der Gesunde, der aus solcher Ahnenreihe stammt, kann nicht wissen, ob er bestimmt ist, Plus- oder Minusvarianten zu erzeugen. Beim Epileptiker ist es gerade so oder noch schwieriger; man braucht nur an Dostojeskij zu denken, um zu sehen, daß der Kranke selbst auf Grund all seines Leides und all seiner Qual berufen sein kann, Wesentliches der Welt mitzuteilen.

Aber steckt denn wirklich hinter dem Ausmerzungsbestreben der Eugenik bloß der Wunsch nach einem starken und tüchtigen Volk ohne Durchmischung mit Minderwertigen? In der Theorie wohl, in der Praxis aber sind es vor allem finanzielle Belange, die die Pläne zu Ge-

411 Städt. Bibliothek S 839

setzentwürfen gebären. In unserer wirtschaftlichen Notlage scheinen uns die Ausgaben für die Erhaltung minderwertigen Lebens zu hoch, wir möchten sie sparen und sie den kinderreichen Familien mit gesundem Erbgut zugutekommen lassen. Das ist ein Grund, der sich durchaus hören läßt. Gewiß, es jammert uns um so manche, die Mangel leiden, während die Geisteskranken in schön hergerichteten Anstalten sorgsam verpflegt werden, die Verbrecher in den Zuchthäusern warm sitzen und Arbeit haben und das Geschäft der Prostitution zusammen mit dem des Alkohols flott geht. Aber was ist da zu machen? Die „Euthanasie", d. h. ein sanfter künstlicher Tod aller unheilbar Kranken wird allgemein als undurchführbar abgelehnt. Man kann das nur theoretisch in einer Aufwallung fordern, ausführen wird man es wegen vieler Hemmungen tatsächlich nicht. Die Wirkung eines Sterilisationsgesetzes aber ist bei verantwortungsbewußter Abwägung der Fälle nur gering gegenüber der Menge der immer unter Menschen zu tragenden Hilfsbedürftigkeit; ist zudem unübersehbar in seiner Bedeutung für die Zukunft. Andere Maßnahmen haben wir nicht, wenn wir nicht der Utopie einer staatlich geregelten reichlichen Fortpflanzung weniger dazu Auserlesener nachjagen. Vorgeschlagen ist auch das schon in einer namhaften wissenschaftlichen Zeitschrift, es wäre ein Hazardspiel mit dem Leben.

Aber dem allen steht ja auch etwas anderes und viel Wichtigeres entgegen. Die Eugenik ist eine kalte, berechnende Wissenschaft. Das Leben aber ist nur „lebenswert", wenn es durchsetzt ist mit Liebe und Leid, mit dem Erbarmen um die Schwachen, weil wir uns selber als die Schwachen wissen, die von der Liebe der Mitmenschen jetzt und in Zukunft getragen werden müssen. Wer durch eine Idiotenanstalt nur mit dem Abscheu vor der Zerrgestalt des Menschen geht, der hat nichts von ihrem Sinn begriffen. Bethel und das Oberlinhaus mit ihrer Arbeit an geistigen und körperlichen Krüppeln können dem, der da sehen will, eine ganz andere Lehre vermitteln. Nicht diese Anstalten und ihre Leitung sind unsere eigentlichen Lehrmeister, sondern die, die darin eingeschlossen sind; sie zwingen unsere natürliche Hartherzigkeit zur Hilfsbereitschaft. Was da an Geldmitteln ausgegeben wird, trägt hundertfältige Frucht für überlegte Fürsorge und klar durchdachte soziale Arbeit an der breiten Masse des gesunden Volkes. Eine Wissenschaft mag Merkmale für gesundes und ungesundes Erbgut aufstellen, das Leben selber kann nur ganz beschränkten Nutzen daraus ziehen, weil der Mensch „nicht lebt vom Brot allein" und weil „der Geist weht, wo er will". Darum Vorsicht mit allen eugenisch gefärbten Sparmaßnahmen und Gesetzen!

Ausländische Kirchenführer in Berlin

Berlin, 30. Januar.

Der Vollzugsausschuß des Weltbundes für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen tritt am heutigen Montag zu einer mehrtägigen Sitzung in Berlin zusammen. An den Beratungen nehmen unter anderen teil: Der Präsident des Weltbundes, Lord Dickinson, der dänische Bischof Ammundsen, Dr. Atkinson-Neuyork und Professor Mihalcescu-Bukarest. Von deutscher Seite wohnt Universitätsprofessor D. Sigmund-Schultze den Beratungen bei. Das internationale Gremium, das zum ersten Male in der Reichshauptstadt tagt, wird u. a. zu schwebenden politischen Problemen, insbesondere zur Abrüstung und der Weltwirtschaftskrise vom religiös-sittlichen Standpunkt aus Stellung nehmen. Im Anschluß daran wird der Verwaltungsausschuß des ökumenischen Rates für praktisches Christentum (Stockholmer Bewegung) unter dem Vorsitz des Neuyorker Religionshistorikers W. A. Brown in Berlin eine Sitzung abhalten.

Minen im Amazonenstrom zur Verteidigung Letitias. Aus Südamerika wird berichtet, daß Peruaner zur Verteidigung Letitias im Amazonenstrom Minen gelegt haben. Die Peruaner beabsichtigen, jedem Versuch der Kolumbianer zur Besetzung Letitias tatkräftigen Widerstand entgegenzusetzen.

Paul-Boncour gestürzt

Nach 21stündiger Kammersitzung. — Ministerium Daladier erwartet.

Paris, 30. Januar.

Am gleichen Tage, an dem in Berlin Reichskanzler von Schleicher mit dem Reichskabinett dem Reichspräsidenten die Demission angeboten hat, ist in Paris das Ministerium Paul-Boncour in den frühen Morgenstunden nach 21stündiger Kammersitzung vom Parlament gestürzt worden. Der Sturz erfolgte bei der Beratung über den Antrag der Regierung, die direkten Steuern um 5 Prozent zu erhöhen. Der Finanzausschuß hatte der Kammer die Zurückstellung dieses Abschnittes der Sanierungsvorschläge vorgeschlagen, wogegen Ministerpräsident Paul-Boncour die Vertrauensfrage stellte. In der nachfolgenden Abstimmung wurde dann der Antrag der Regierung mit 390 gegen 193 Stimmen abgelehnt. Dieses Abstimmungsergebnis wurde dadurch herbeigeführt, daß die Sozialisten sich weigerten, bei dem Regierungsantrag mit den Radikalen und Sozialrepublikanern zu gehen.

Schwierige Neubildung in Paris

Weitere Besprechungen Lebruns.

Paris, 30. Januar.

Der französische Staatspräsident Lebrun hat inzwischen eine ganze Reihe von Parlamentariern empfangen, u. a. die Abgeordneten Herriot, Tardieu, Blum und Louis Marin. Louis Marin erklärte beim Verlassen des Elysees, er habe dem Präsidenten die Bildung eines Kabinetts der nationalen Einigung empfohlen. Der Vorsitzende der radikalen Kammerfraktion, Francois Albert, erklärte nach seiner Unterredung mit Lebrun, er sei nicht der Ansicht, daß die Mehrheit der Linksparteien durch die Abstimmung zerstört sei und bezeichnete Daladier als geeignete Persönlichkeit, um ein neues Kabinett der Linken zu schaffen. Schlimmer sei es, einen Finanzminister zu finden. Ebenso sprach sich auch der Führer der Sozialisten, Léon Blum, für die Aufrechterhaltung des Linkskartells aus. Der Vorsitzende des Ausschusses des Senats für Auswärtige Angelegenheiten, Berenguer, empfiehlt die Beauftragung des Senatspräsidenten Jeannenen. Die Neubildung der französischen Regierung gilt allgemein als schwierig.

Daladier beauftragt

Paris, 30. Januar.

Der französische Staatspräsident Lebrun hat den bisherigen Kriegsminister Daladier gebeten, die Neubildung der Regierung durchzuführen. Daladier nahm den Auftrag an und erklärte Pressevertretern gegenüber: „Ich kenne die bestehenden Schwierigkeiten der gegenwärtigen Stunde, aber ich glaube, daß deren Lösung eine Frage des Willens und der Energie ist."

Englands Abrüstungskompromiß

Ersetzung der Entwaffnungsbestimmungen durch die Abrüstungskonvention. — Verwirklichung der deutschen Gleichberechtigung in Etappen.

Genf, 30. Januar.

Die englische Delegation auf der Abrüstungskonferenz überreichte eine Denkschrift mit neuen Vorschlägen, deren Zweck der sein soll, die noch bestehenden großen Gegensätze zu überbrücken und die Arbeiten der Konferenz zu beschleunigen. In der Hauptsache enthält diese Denkschrift folgende fünf Vorschläge:

1. Verzicht der europäischen Mächte in einer formellen Erklärung auf die Austragung von Konflikten durch Gewaltanwendung; 2. Abschluß von Pakten über gegenseitige Hilfeleistung zwischen den europäischen kontinentalen Mächten; 3. Ersetzung des Teiles V des Versailler Vertrages durch das neue Abrüstungsabkommen; 4. Gleiche Dauer der Konvention mit den gleichen Revisionsmöglichkeiten für alle Signatarstaaten; 5. Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichberechtigung in Etappen und Vereinheitlichung der Heeressysteme.

Im technischen Teil der englischen Denkschrift wird dem Büro der Abrüstungskonferenz die Beratung folgender Fragen empfohlen: Berechnung und Festsetzung der Heeresstärken nach den Vorschlägen des Hooverplans.

Qualifizierte Begrenzung der Tanks und der schweren Geschütze; Einsetzung eines Luftfahrtausschusses zwecks Abschaffung der Kampfflugzeuge und Luftbombardements; Kontrolle der Zivilluftfahrt; Begrenzung der Kaliber und der Tonnagen der Kriegsschiffe.

Vom deutschen Standpunkt aus ist der englische Kompromißvorschlag insofern zu begrüßen, als er verhindern will, daß der französische Plan ausschließlich die weiteren Verhandlungen in Genf beherrscht. Zu begrüßen ist auch der Hinweis auf die deutsche Gleichberechtigung, wenngleich die verklausulierte Formulierung (Durchführung in Etappen) der deutschen Forderung nicht gerecht wird. Auch was über die qualifizierte Abrüstung gesagt wird, bleibt weit hinter den deutschen Erwartungen zurück. Bemerkenswert ist, daß die französischen Internationalisierungspläne auf dem Gebiete der Luftfahrt keine Berücksichtigung gefunden haben und daß nach englischer Auffassung statt der Internationalisierung der Zivilluftfahrt nunmehr eine „Kontrolle" der Zivilluftfahrt ins Auge gefaßt werden soll.

Der Sieg de Valeras

Eine Kundgebung des irischen Ministerpräsidenten.

Dublin, 29. Januar. Der irische Ministerpräsident de Valera veröffentlichte am Sonnabend nach der Feststellung seines endgültigen Wahlsieges eine Botschaft, in der es u. a. heißt:

„Die nationale Politik ist nunmehr endgültig gesichert. Die Toten, die für Irland gestorben sind, werden bei der Durchführung unserer Bestrebungen gegenwärtig sein."

In einer Erklärung über seine politischen Ziele sagte de Valera, **die vollständige Unabhängigkeit von England bleibe unverletzliches Ziel.** Die Vereinigung von Nord- und Südirland sei die notwendige Vorbedingung für einen wahren und dauernden Frieden zwischen England und Irland. de Valera kündigte ferner an, daß die Landentschädigungen an England in Zukunft nicht mehr auf einem Zwischenkonwo ruhen, sondern zur Verwendung im irischen Haushalt frei gemacht werden sollten. Das Wahlergebnis bedeute keinerlei Feindseligkeit gegen England. Der Wunsch des irischen Volkes und der irischen Regierung sei, in den besten und freundlichsten Beziehungen zu England zu stehen.

De Valera kündigte weiterhin an, daß er den Senat auf etwa 35 Mitglieder beschränken wolle, die die wirtschaftlichen Interessen Irlands vertreten. Auch die Zahl der andtagsabgeordneten soll herabgesetzt werden.

Ueber die Wirtschaftspolitik erklärte de Valera, daß sein Kabinett eine Dezentralisierung der Industrie anstrebe.

Chamberlain über das Währungsproblem

London, 30. Januar.

Bei einer Rede in Birmingham erklärte Schatzkanzler Neville Chamberlain zur Frage der Goldwährung, Großbritannien würde wohl nicht mehr zum Goldstandard zurückkehren, wenigstens nicht, bevor es sicher sei, daß das System sich bewähre. Dazu aber wäre eine internationale Regelung des Problems notwendig.

Aussprache mit Roosevelt

Neuyork, 30. Januar.

Der britische Botschafter Lindsay, der am Dienstag zur Einholung neuer Instruktionen nach London reist, ist auf Roosevelts Landsitz in Warmsprings eingetroffen. Pressevertretern gegenüber äußerte sich der Botschafter sehr zuversichtlich über den wahrscheinlichen Fortgang der britisch-amerikanischen Schuldenverhandlungen.

Die Generalversammlung der Bank von Polen hat am 9. Februar über eine Statutenänderung zu beschließen, derzufolge nur noch Gold zur Banknotendeckung herangezogen werden darf. Devisen sollen also als Deckungsmittel fortfallen.

Eine Basilika aus Karls des Großen Zeiten bei Wetzlar.

Von Süden her eilt ein munterer Bach, noch einen Zipfel von der Stadt abschneidend, an der alten Stadtmauer entlang zur Salm. Es ist der Wetzbach, der Wettifa der Alten, der bei der Namengebung Wetzlars Pate gestanden hat. Murmelnd und plätschernd durchfließt er ein von Feldern und Wäldern, von Hügeln und Bergen eingeengtes allerliebstes Wiesental, das „Siebenmühlental", das schönste und malerischste Tal in der Nähe der Stadt. An der vierten Mühle aufwärts, einer uralten Oelmühle, ½ Stunde von dem zugehörigen Dorfe Nauborn, 1 Stunde von Wetzlar entfernt, heißt eine an der Straße sich hinziehende planierte Waldfläche „Der alte Kirchhof". Flur- und Wegenamen, wie Pfarrweide, Pfaffenhell (Pfaffenholweg) und Kirmesgrund ließen vermuten, daß bei dem alten Kirchhof auch eine Kapelle, vielleicht auch ein Pfarrhaus, gestanden haben müsse. Nach dem „Lorscher Codex" hat Nauborn um 800 schon zwei Kirchen besessen. Eine derselben, eine „basilica" mit einem Besitz von 30 Sklaven und 5 Huben (später 42 Sklaven und 13 Huben) war eine Schenkung der Theotbirc vom Jahre 777. Die zweite Kirche, die direkt im Dorf gestanden haben muß, eine „ecclesia", war Geschenk von Engildrud und Engelsuint im Jahre 806.

Diese Feststellungen von 2 verschiedenen Kirchen als Schenkungen zweier verschiedener Familien veranlaßten den äußerst rührigen Ortspfarrer Schieferstein-Nauborn, auf dem erwähnten „alten Friedhof" Ausgrabungen vorzunehmen. Die mühsame Arbeit führte zur Freilegung der ganzen Grundmauern einer Basilika von 20 Meter Länge und 5 Meter Breite. Es war die Kapelle der Theutbirg (Theotbirc) vom Jahre 777.

Im letzten Nachsommer sind durch weitere Grabungen unter Leitung des Provinzialkonservators eine ganze Reihe von Gräbern aufgedeckt worden. Die wunderbar erhaltenen Skelette erregten das größte Staunen von Aerzten und Fachleuten, obwohl sie vielleicht schon an 1000 Jahre hier geruht haben mögen. Alle ringsum liegenden Dörfer haben steinalte Kirchen mit Kirchhöfen, wo die Toten schlafen. Vorher brachten sie ihre Verstorbenen jedenfalls nach dem „alten Kirchhof" bei Nauborn.

Damit die bloßgelegten Grundmauern der Basilika erhalten und geschont werden, haben sie eine niedrige Aufmauerung und eine Rasenbedeckung erhalten.

Die Entstehung dieser Basilika mit der Schenkungsurkunde der Theotbirc gaben Pfarrer Schieferstein den Stoff zu seinem Schauspiel „Theutbirg", das in Wetzlar und auch in mehreren Dörfern mit vollem Erfolg von Laienspielern des Dorfes aufgeführt werden konnte.

Kunst und Volkstum.

Unter diesem Leitworte stand die dritte Bielefelder Vortragsveranstaltung. Nachdem Herr Prof. Schrader die beiden Redner begrüßt hatte, ergriff als erster Herr Prof. Waldmann das Wort. In seinem Vortrag legte er etwa folgendes dar: Den bedeutendsten Kunststil der Antike haben die Griechen hervorgebracht. Die hellenische Kunst ist ursprünglich eine nationale Kunst gewesen, das heißt, der Stil ist aus dem Volkstum herausgewachsen. So gibt es z. B. eine attische und eine dorische Kunst.

Also beschränkt sich der griechische Kunststil auf den äußerst kleinen Raum eines Stadtstaates. Eine erste große Blüte erlebte die attische Volkskunst zur Zeit des Perikles. Doch hat es früher unter Peisitratos eine Art hochentwickelten Hofkunst gegeben. Die vielen griechischen Kleinstaaten konnten aber auf die Dauer ihre politische Selbständigkeit nicht wahren und gingen in dem Weltreich Alexanders des Großen unter. Diesem ungeheuren Staate prägten sie nun den Stempel griechischer Kultur auf.

Somit wurde auch die eigentlich nur aus ihrem Volkstum heraus zu verstehende griechische Kunst zu der eines großen Imperiums gemacht. Nach dem Tode Alexanders begann eine allgemeine Hellenisierung der damals bekannten Welt. Die hellenistische Kunst, eine Entartung der griechischen Nationalkunst, verbreitete sich über alle Mittelmeerländer und wurde auf diese Weise international. Später ist dann der hellenistische Stil sogar in Indien bekannt geworden, und er hat es hier — unter Einwirkung des einheimischen Kunstempfindens — zu einer ganz neuen Form des Kunstempfindens kommen lassen (Buddhastatuen).

Von Italien aus war inzwischen das neue römische Weltreich gegründet wörden. Das Imperium Romanum übernahm die hellenistische Kunst. Doch wurden von den Römern die Porträts realistischer gestaltet, und auf dem Gebiete der Baukunst und der Reliefdarstellung brachten sie es zu großen eigenen Schöpfungen. Die riesigen Bauten der römischen Architektur haben nicht den geringsten Schmuck, verfügen aber über einen bewegten Rhythmus. Diese dem römischen Juristen- und Beamtenstaat eigene Bauweise beruht auf mathematischen Konstruktionen einer Ingenieurskunst.

Im frühen Mittelalter kommt es zu einer eigentlichen Volkskunst nicht mehr. Das Erbe Roms tritt nun die Papstkirche an. Darum sind die Grundzüge der Kirchenbauart im frühen Mittelalter überall dieselben. Der romanische, sowie der Barockstil — jeder von beiden bestimmte einmal den katholischen Kirchenbau — ist inter-

Schleicher zurückgetreten

Wer wird Kanzler? — Hitler oder Beamtenkabinett. — Die Verhandlungen Papens.

Berlin, 28. Januar.

Amtlich wird mitgeteilt: „Reichskanzler von Schleicher erstattete heute dem Herrn Reichspräsidenten Bericht über die Lage und erklärte, daß die gegenwärtige Reichsregierung, ihrem Charakter als Präsidialregierung entsprechend, im Reichstage ihr Programm und ihre Auffassung nur dann zu vertreten in der Lage wäre, wenn der Herr Reichspräsident ihr die Auflösungsorder zur Verfügung stelle. Der Reichspräsident von Hindenburg erklärte, diesem Vorschlag bei der zur Zeit gegebenen Lage nicht entsprechen zu können. Reichskanzler von Schleicher erklärte hierauf den Gesamtrücktritt der Reichsregierung, den der Herr Reichspräsident unter Beauftragung des Kabinetts mit der einstweiligen Fortführung der Geschäfte entgegennahm. Der Herr Reichspräsident sprach dem Reichskanzler wie den Mitgliedern der Reichsregierung seinen Dank für die dem Vaterlande in schwerer Zeit geleisteten treuen Dienste aus."

Vor dem Empfang des Reichskanzlers beim Reichspräsidenten hat noch eine Sitzung des Reichskabinetts stattgefunden, in der Reichskanzler von Schleicher dem Kabinett die Gedanken übermittelte, die er dann unmittelbar im Anschluß an die Kabinettssitzung dem Reichspräsidenten vorgetragen hat.

Nach dem Rücktritt des Kabinetts von Schleicher berief Reichspräsident von Hindenburg den Reichskanzler a. D. von Papen zu sich und beauftragte ihn, durch Verhandlungen mit den Parteien die politische Lage zu klären und die vorhandenen Möglichkeiten festzustellen.

Drei Lösungsmöglichkeiten

Ueber den Verlauf der Unterredung des Kanzlers mit dem Reichspräsidenten von Hindenburg, die nur sehr kurz war, verlautet im übrigen noch, Reichskanzler von Schleicher habe dem Reichspräsidenten drei Möglichkeiten zur Lösung der Krise genannt.

Erstens die Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung. Diese Möglichkeit bestehe nur, wenn Hitler die Führung eines derartigen Kabinetts erhalte.

Zweitens die Bildung einer auf eine starke Volksströmung gestützten Minderheitsregierung, die wohl ebenfalls nur unter Führung Hitlers, aber mit Unterstützung der übrigen Gruppen der Rechten zu erreichen wäre. Wenn der Reichspräsident seinen Widerstand, den er bisher gegen eine solche Lösung gehabt habe, aufgeben würde, so hätte auch diese Lösung Aussichten auf Erfolg.

Drittens die Bildung eines Präsidialkabinetts, das, wie das jetzige, vollkommen über den Parteien stehend und mit keiner verbunden, die Staatsautorität als Sachwalter des gesamten Volkes zu wahren hätte. Einem solchen Präsidialkabinett müßten dann aber auch die nötigen Vollmachten gegeben werden, wenn es keine Mehrheit im Reichstag fände.

Vor einer vierten Möglichkeit, so heißt es weiter, habe der Reichskanzler geglaubt, warnen zu müssen, nämlich vor der, daß unter dem Namen eines Präsidialkabinetts etwa eine Regierung gebildet würde, die tatsächlich nur die Regierung einer einseitigen Partei darstellen würde und dann den Angriffen der überwiegenden Mehrzahl des gesamten Volkes ausgesetzt wäre.

Was die Sondierungen des Reichskanzlers a. D. von Papen betrifft, verlautet gerüchtweise, Herr v. Papen wolle dem Reichspräsidenten die Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler vorschlagen.

Dienstag Aeltestenrat

Wie das Hauptbüro des Reichstags mitteilt, fällt nach dem Rücktritt des Ministeriums Schleicher die für Dienstag, den 31. Januar, zur Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung einberufene Plenarsitzung des Reichstags aus. Statt des Plenums wird sich am Dienstag zunächst der Aeltestenrat nochmals versammeln.

In politischen Kreisen nimmt man an, daß die Sozialdemokraten und die Kommunisten in dieser Sitzung auf die Wiedereröffnung des Reichstags bestehen werden, ohne daß sich jedoch eine Mehrheit für diesen Antrag ergeben wird. Weiter liegt von sozialdemokratischer Seite bereits ein Protest gegen eine Hinausschiebung der Reichstagseinberufung vor.

•

Berlin, 30. Januar.

Der frühere Reichskanzler von Papen, der vom Reichspräsidenten den Auftrag erhalten hat, festzustellen, welche Möglichkeiten für eine Regierungsneubildung bestehen, hat seine Verhandlungen mit den Parteiführern sogleich nach seinem Besuch beim Reichspräsidenten aufgenommen und dabei insbesondere mit den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen, sowie — auf indirektem Wege — auch mit dem Zentrum Fühlung genommen.

Aus der Umgebung Papens verlautet, daß das Ziel ein nicht an Parteien gebundenes, also „präsidiales oder autoritäres" Kabinett sei, das aber von den Nationalsozialisten toleriert werde. Das würde eine Wiederholung des alten Papen-Kabinetts bedeuten. Aber auch alle anderen Möglichkeiten sind noch offen, zumal die Nationalsozialisten immer noch erklären, die Tolerierung eines Präsidialkabinetts käme für sie gar nicht in Frage, sie verlangten eine Kanzlerschaft Hitlers. Allerdings verlautet von anderer Seite, Hitler sei bereit, sich mit dem Kanzlerposten für seine Person und mit einem oder zwei weiteren Ministerposten für seine Parteifreunde zu begnügen. Damit würde ein parlamentarisches Mehrheitskabinett möglich sein, sofern das Zentrum für eine Mitarbeit oder doch tolerierende Haltung gewonnen werden kann. Als Gegenleistung scheint das Zentrum aber die Festlegung der politischen Linie zu verlangen. Eine solche Bindung haben jedoch die Nationalsozialisten bisher stets abgelehnt; sie verlangen auch ein Verbot der Kommunistischen Partei, gegen das das Zentrum wiederum Bedenken haben würde.

In parlamentarischen Kreisen der Linken glaubt man unter diesen Umständen nicht an das Zustandekommen einer verfassungsmäßigen parlamentarischen oder auch einer geduldeten Minderheitsregierung, sondern spricht bereits davon, Herr von Papen werde den Auftrag für ein Kampfkabinett bekommen, das auf irgendeinem Wege versuchen werde, das Parlament völlig auszuschalten.

Die wichtigste Unterredung, die Herr von Papen inzwischen noch hatte, war eine Aussprache mit dem nationalsozialistischen Reichstagspräsidenten Göring.

Der Hauptteil des Sonntags war wohl mit Besprechungen innerhalb der nationalsozialistischen Führerschaft ausgefüllt. Wie dazu mitgeteilt wird, lagen den Nationalsozialisten bestimmte Vorschläge vor, die auch die Billigung der Deutschnationalen gefunden haben. In unterrichteten Kreisen hofft man, daß nach der Antwort Adolf Hitlers im Laufe des heutigen Montag in weiteren Besprechungen die erhoffte Klärung erzielt werden kann.

Hindenburgs Ziel

Gegenüber zahlreichen Gerüchten, die über die Verhandlungen und auch die Haltung des Reichspräsidenten in Umlauf sind, wird von unterrichteter Seite festgestellt, es komme dem Reichspräsidenten darauf an, die deutsche Politik, wenn irgendmöglich, aus dem Stadium der Verfassungsexperimente herauszubringen.

Deshalb habe er die neuen Verhandlungen mit Adolf Hitler in Gang gebracht. Nachdem Adolf Hitler im November es abgelehnt habe, persönlich den Versuch einer Mehrheitsbildung zu machen, habe der Reichspräsident jetzt Herrn von Papen mit dieser Aufgabe betraut, wobei das Ziel dasselbe geblieben sei.

Die ganzen gegenwärtigen Verhandlungen drehten sich um die Frage, ob ein Koalitionskabinett unter Hitlers Führung und Mitarbeit oder Tolerierung des Zentrums zu erreichen ist. Diese Frage muß zunächst geklärt werden.

Parallel zu den Verhandlungen des Herrn von Papen gehen Bemühungen, die vom Zentrum und der Bayrischen Volkspartei ausgehen und offenbar das Ziel haben, eine direkte Verständigung dieser beiden Parteien mit den Nationalsozialisten herbeizuführen. Hitler verhandelt demnach also nach zwei Richtungen, und es wird sich zeigen, müssen, welcher dieser beiden Besprechungskomplexe im Laufe der Entwicklung schließlich die Oberhand gewinnt. Im Vordergrund steht aber vorerst der Sondierungsauftrag an Herrn von Papen.

Was die Haltung der Parteien im einzelnen betrifft, erneuert für die NSDAP. auch der „Völkische Beobachter" die Forderung nach der Betrauung Hitlers mit der Kanzlerschaft. „Nun helfen keinerlei Zwischenlösungen mehr", so schreibt das Blatt, „nun hilft nur die Führung des Mannes, von dem 12 Millionen erwarten, daß er die Führung übernimmt. Und dieses kämpfende Deutschland erwartet auch vom Reichspräsidenten, daß er alles hinter sich läßt, was ihn bisher noch gehindert haben möge. Wir würden einen neuen Kanzler von Papen genau so ablehnen wie den alten. Die Nation kann das fortdauernde Herumversuchen nicht mehr ertragen. Sie fordert klare Entscheidungen. klare Fronten, eine auf das nationale Deutschland allein gestützte Regierung unter Führung des unstreitig stärksten Führers: Adolf Hitler. An dieser Voraussetzung hat sich nichts geändert, weil sie das Minimum darstellt, was die deutsche Freiheitsbewegung zu fordern berechtigt ist, falls sie eine Verantwortung übernehmen soll."

Von den Zentrumsblättern spricht die „Germania" von einem „gefährlichen Spiel" und warnt insbesondere vor einer Notstands-Diktatur.

Christliche Gewerkschaften für Sammlung

Der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften hat an den Reichspräsidenten ein Telegramm gerichtet, in dem auf die Beunruhigung der Arbeiterschaft der westdeutschen Industriegebiete durch die Krisengerüchte hingewiesen wird.

„Wir vertrauen darauf," heißt es in diesem Telegramm, „daß der Reichspräsident diesem Wirrwarr kraftvoll ein Ende bereitet. Deutschland kann nur unter Zusammenfassung des ganzen Volkes gesunden."

---

national. Eine internationale Kunst wird immer von einer Herrenkaste gepflegt. So ist die Hofkunst nicht vom Monarchen zu trennen, und die romanische und barocke Bauweise ohne die kirchliche Hierarchie undenkbar.

Alle Kunst ist aber an ein Zeitalter aristokratischer Herrschaft oder an eine Blütezeit bürgerlichen Lebens gebunden. Deshalb haben wir heute in einer Epoche der Auflösung und des bürgerlichen und nationalen Zusammenbruchs keine wahre Kunst. —

Der zweite Redner, Herr Professor Bock, bemerkte gleich zu Anfang, daß es keine internationale Kunst gäbe, sondern nur eine aus dem Volkstum hervorgewachsene. Dies suchte er an Hand eines umfassenden Bildmaterials zu beweisen.

Er zeigte zum Unterschied von Professor Waldmann nicht griechische und hellenistische Plastiken, römische Bauwerke, Basiliken und Barockkirchen, sondern gotische Dome und Rathäuser, Bürgerwohnungen, bürgerliche Schmuckstücke aus dem Mittelalter, verschiedene Arten von Bauernhäusern und deren Inneneinrichtungen. Besonderen Eindruck machte ein nettes, altes Dorfkirchlein. Der Vortragende meinte, daß gerade diese alten schönen Bauwerke viel zu wenig bekannt seien, und daß der Wissenschaft auf dem Gebiete der Erforschung altdeutscher Kunstgegenstände noch viel zu tun übrig bleibe. Denn nur der Rückblick auf das Althergebrachte könnte zur einer Erneuerung des deutschen Volkstums und vielleicht auch der deutschen Kunst führen. —

Nun stehen hauptsächlich zwei Thesen im gewissen Gegensatz zueinander. Professor Waldmann forderte nämlich ein Neuschöpfen aus den gesunden Tiefen eines nationalen Volkes und ein Wiederanfangen von vorn; Professor Bock ermahnte zum Festhalten am Bewährten und Ueberkommenen.

St.

Eine bedeutsame Wahl in Thüringen.

Nach der endlosen Reihe der politischen Wahlen hat am Sonntag, den 22. Januar, in Thüringen eine Wahl stattgefunden, die für das kirchliche Leben des Freistaates von außerordentlicher Bedeutung ist. Bis zu einem gewissen Grade suchte auch das parteipolitische Interesse an diesem entscheidungsvollen Tage seinen Einfluß zu sichern, und es wird die Aufgabe der Zukunft bleiben, die kirchliche Sphäre immer mehr von reinen parteipolitischen Erwägungen fernzuhalten. Die Verfassung der Thüringischen Landeskirche, die erst vor einigen Jahren ihre heutige Gestalt angenommen hat, schreibt vor, daß das oberste Kirchenparlament, der Landeskirchentag, durch allgemeine und geheime Wahlen gewählt werde, an denen jedes konfirmierte Mitglied einer Kirchgemeinde vom vollendeten 20. Lebensjahre an teilnehmen kann. Da ganz nach den Grundsätzen der Verhältniswahl mit amtlichen Stimmzetteln verfahren wird, so war es klar, daß diese Wahl hochaktuellen Charakter annehmen mußte. Um so mehr, weil die Wahlbefugnisse des Landeskirchentages nicht gering sind. Dieser Kirchentag ist die Vertretung der Thüringischen evangelischen Kirche und der Träger aller ihr zustehenden Rechte. Innerer und äußerer Aufbau der Kirche und ihre Ausgestaltung als Volkskirche sind ihm vornehmlichste Aufgaben. Er übt die kirchliche Gesetzgebung aus, leitet die Angelegenheiten der Kirche durch einen von ihm gewählten und ihm verantwortlichen Landeskirchenrat und überwacht, pflegt und fördert das gesamte religiös-kirchliche Leben. Zudem bewilligt er die allgemeinen kirchlichen Ausgaben und die Mittel zu ihrer Deckung, führt die Aufsicht über die Verwendung der allgemeinen Kircheneinnahmen und ordnet regelmäßig wiederkehrende, allgemeine Kirchenversammlungen an. Ganz besonders aber beschließt er auch über die Einführung und Abschaffung kirchlicher Feiertage, wählt die bei der Abhaltung der theologischen Anstellungsprüfung mitwirkenden Pfarrer, verfügt über die Einführung neuer Lehrbücher für den kirchlichen Religionsunterricht, neuer Gesangbücher und neuer Agenden und sitzt zu Gericht über etwaige Beschwerden, die wegen der Tätigkeit kirchlicher Behörden und Personen an ihn gerichtet werden. Zu einem Drittel werden in den Landeskirchentag Geistliche gewählt, also thüringische Pfarrer, während die übrigen zwei Drittel von weltlichen Mitgliedern der Kirche gestellt werden.

Der Aufmarsch zu der Wahl am 22. Januar geschah in fünf Fronten. Fünf kirchliche Gruppen bewarben sich um die Mandate für den Kirchentag, der seither 65 Sitze zu vergeben hatte, jetzt aber auf 51 verringert worden ist. Die weitestgehende Propaganda entfaltete die Gruppe der „Deutschen Christen" unter Führung der Nationalsozialisten, denen es darauf ankam, auch bei dieser Wahl ihren überwiegenden Einfluß möglichst mit Stimmenmehrheit zu sichern. Wie sehr sie auf diese Wahl Wert legten, geht daraus hervor, daß der Volksbildungsminister Wächtler selbst sich an die Spitze der nationalsozialistischen Liste in der Landeshauptstadt Weimar stellen ließ. Ihre Hauptbetonung lag auf dem „Positiven Christentum", das sie zu verteidigen behaupteten. Nähere Erläuterungen stellten den „artgemäßen" Christusglauben und die heldische Frömmigkeit in den Vordergrund, wobei die Nation und Rasse in bedenklicher Weise dem Christentum übergeordnet wurden. Von der Kirche wurde verlangt, daß sie der Rassenmischung entgegentrete, den Geist eines christlichen Weltbürgertums, Pazifismus, Internationalismus und Freimaurertums bekämpfe und den Geistlichen die Zugehörigkeit zu einer Loge verbiete. Besonders bemerkenswert sind die Forderungen nach einer neuen Kirchenverfassung. Die Nationalsozialisten verlangen an Stelle der Landeskirchen eine Reichskirche, da sie den nach 1918 gegründeten Kirchenbund aller Landeskirchen nicht für genügend ansehen. Bezügl. der Schulen wird die Konfessionsschule abgelehnt und die Gemeinschaftsschule ohne kirchliche Ein- und Aufsicht für alle Kinder erstrebt. Unter den übrigen, nicht nationalsozialistischen Gruppen nahm der „Christliche Volksbund", dessen Ziele aufs engste mit denen des Christlichen Volksdienstes verbunden sind, den konservativsten Standpunkt ein. Eine besondere Aufgeschlossenheit trat in seinem Programm zutage, das vor allem darauf hindrängte, das entscheidende Bekenntnis zu Christus als dem wirklichen Mittelpunkt der Kirche innerhalb aller liberalen Strömungen klar und eindeutig herauszuarbeiten. „Der Christliche Volksbund hängt am alten, kernigen Väterglauben", heißt es, „und bekennt sich zu den wunderbaren Heilstatsachen des Apostolischen Glaubensbekenntnisses. Er fordert für die Leitung der Kirche die Befugnis, über Einheit und Reinheit der Wortverkündigung in der Kirche zu wachen, und, wo es not tut, der Lehrzersplitterung und Irrlehre im Amt kraftvoll entgegenzutreten." Dieses Programm wirkte in Thüringen aufrüttelnd, denn man muß bedenken, das von hier der Strom des Liberalismus seinen Ausgang nahm, gegen den schon Jahrzehnte hindurch verantwortliche Führer der Kirche unter sehr großen Schwierigkeiten kämpften. Man empfand es als eine Wohltat, daß das Streben nach Klarheit und Einheit so ganz in den Vordergrund rückte. Um die Kirchenverfassung der Willkür parteipolitischer Tendenzen zu entziehen, strebt der Christliche Volksbund danach, das Wahlrecht irgendwie zu ändern, „um das geistliche Wesen der Kirche mehr als seither zur Geltung zu bringen." Im Schulprogramm wird eindeutig die evangelische Schule mit evangelischen Lehrern, d. h. die Konfessionsschule gefordert und auch für die höheren und Fachschulen eine einheitliche, zielbewußte christliche Erziehung und Schulunterweisung. Das baldige Zustandekommen eines Reichsschulgesetzes, das den grundsätzlichen Verheißungen der Reichsverfassung über die christlich-religiöse Schulerziehung zur Wirksamkeit

verhilft, erscheint als dringende Aufgabe. Es war nicht zu verwundern, daß der Volksbund von allen halb- oder ganzliberalen Kreisen auf das schärfste angegriffen und bekämpft wude. Ja, man warf ihm sogar „dogmatisierende" und „katholisierende" Tendenzen vor, wenngleich sein Streben darauf gerichtet ist, die thüringische Bevölkerung zu dem ursprünglichen Lutherischen Glaubensbekenntnis zurückzuführen, das in Mitteldeutschland den mannigfachsten Einflüssen ausgesetzt war. Vielleicht wird dieser Umstand, daß der Volksdienst jetzt mit so großer Offenheit für die Reinheit des evangelischen Bekenntnisses eintritt, noch von der Tatsache übertroffen, daß dieses Bestreben im Volke, wie weiter unten gezeigt wird, so starken Beifall gefunden hat. Dem Volksbund zunächst wäre unter den Gruppen, die außer den „Deutschen Christen" zum Wahlkampf aufmarschierten, der „Reformatorische Einigungsbund" zu nennen, der die Verbindungslinie zwischen dem konservativen Volksbund und dem demokratisch-liberalen „Volkskirchenbund" darstellte. Die reformatorische Gruppe erstrebt ebenfalls eine stärkere Führung und Wachsamkeit über die Wortverkündigung und Ordnung in der Kirche, wenngleich sie sich viel weiteren Spielraum läßt. Ihr Schulideal ist nicht die Konfessions-, sondern die Gemeinschaftsschule. Der demokratische Volkskirchenbund vertritt den liberalsten Standpunkt; daß auch er die Konfessionsschule ablehnt, sei erwähnt. Das Programm der religiösen Sozialisten endlich ist aus früheren Berichten bekannt.

Die Machtverteilung im jetzt gewählten thüringischen Landeskirchentag ist folgende. Die „Deutschen Christen" nehmen von 51 Sitzen 15 ein, also etwa den dritten Teil; sie brachten von insgesamt 230 000 Stimmen rund 67 000 auf. Das Resultat ist also bedeutend unter der erhofften Stimmenmehrheit geblieben. Von den übrigen Gruppen steht der konservative „Christliche Volksbund" an erster Stelle da, er hat nur 4 Sitze weniger als die „Deutschen Christen", also 11. Das ist um so bemerkenswerter, als dieser Gruppe die Propaganda äußerst erschwert wurde und ihr im Gegensatz zu anderen Gruppen nicht eine einzige thüringische Tageszeitung zur Verfügung stand. Nach ihr kommt der demokratische Volkskirchenbund, der neben der nationalsozialistischen Gruppe die meiste Werbetätigkeit in Zeitungen und dergleichen ermöglicht wurde. Er hat 10 Sitze erhalten. Dem „Reformatorischen Einigungsbund" fielen 8 Sitze zu und den „Religiösen Sozialisten" 7. Der Landeskirchentag hat nach einer neueren Bestimmungen das Recht, außer den Vertretern einiger Körperschaften noch drei weitere Persönlichkeiten, auf deren Mitarbeit er besonderen Wert legt, hinzuzuwählen. Es steht zu erwarten, daß eine besondere Aktivität in dem neugewählten Parlament einsetzen wird. Die jetzige Wahl hat erkennen lassen, daß in Thüringen das kirchliche Leben eine stark erhöhte Bedeutung gewonnen hat, die offenbar schon in nächster Zeit noch in hohem Maße zunehmen wird.

Dr. A.

Der tschechische Ministerrat hat für die Dauer von fünf Jahren das Rekrute kontingent um 5000 Mann erhöht.

Ueberparteiliches Kabinett?

Die Verhandlungen v. Papens.

— Berlin, 30. Januar. Die zahlreichen Besprechungen, die der frühere Reichskanzler v. Papen am Sonntag gehabt hat, dauerten, wie der „Montag" erfährt, bis in die späten Nachtstunden. Eine Entscheidung wird erst am Montag vormittag getroffen werden können. Die Besprechungen hätten sich auf Vertreter aller für eine Mehrheitsbildung in Betracht kommenden Parteien erstreckt. Der Reichspräsident habe, wie Herr v. Papen in den Besprechungen betont habe, den Wunsch ausgesprochen, daß durch eine rein persönliche Fühlungnahme mit den in Betracht kommenden politischen Persönlichkeiten festgestellt werde, inwieweit zunächst eine Mehrheitsbildung im Reichstag von den Nationalsozialisten bis zum Zentrum möglich sei und inwieweit etwa andere innerpolitische Möglichkeiten für die Bildung einer starken und festen Regierung gegeben seien. Die Verhandlungen seien noch nicht abgeschlossen. Zwischen den Parteien sei eine Einigung bis in die Nacht vom Sonntag zum Montag noch nicht erreicht worden. Es hätten sich Schwierigkeiten eines Ausgleichs bei den verschiedenen Parteien natürlich aufgetretenen programmatischen und personellen Forderungen gezeigt. Die größte Schwierigkeit bestehe noch, so berichtet der „Montag" weiter, wegen der Einstellung des Zentrums, das sich an einer regelrechten Mehrheitsbildung beteiligen könnte. Diese Regierung werde im Reichstag durch eine Art Koalition vertreten sein. Das Zentrum könnte aber auch eine Regierung tolerieren, die zum Teil von Mitgliedern der NSDAP und der Deutschnationalen Volkspartei gebildet würde. Gewisse Kreise des Zentrums bemühten sich in direkten Besprechungen zwischen Vertretern des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei und Vertretern der Nationalsozialisten, Feststellungen über die Möglichkeit einer Mehrheitsbildung außerhalb des vom Reichspräsidenten an Herrn v. Papen erteilten Auftrages zu machen.

Die „Montagspost" will wissen, daß als Notlösung für den Fall eines Scheiterns aller Kombinationen an Stelle der Kanzlerschaft Hitlers immer mehr der Gedanke an ein reines Beamtenkabinett in den Vordergrund trete. Das Blatt rechnet damit, daß spätestens am Dienstag die Ernennung eines Kanzlers erfolge.

Diplomatischer Schritt in Budapest

Wegen der Waffensendungen nach Oedenburg.

Budapest, 30. Januar.

Der französische Gesandte erschien beim stellvertretenden Außenminister und erbat Aufklärungen über die aus Italien nach Oedenburg gelangten Waffensendungen. In seiner Antwort teilte Graf Hedervary mit, daß die ungarische Regierung von der Oedenburger Angelegenheit keine unmittelbaren Informationen besitze. Der englische Gesandte, der später in derselben Angelegenheit den Grafen Hedervary besuchte, erhielt eine ähnliche Antwort.

Beihilfen für den Siegerländer Bergbau

Siegen, 30. Januar.

Im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister hat die preußische Staatsregierung rückwirkend vom 1. Juli 1932 ab die zusätzlichen Mittel zur Erhaltung der stillgelegten Arbeitsstätten im Siegerländer Bergbau nach dem Vorschlage des Kontroll-Ausschusses genehmigt. Ferner ist die Weiterzahlung der staatlichen Subventionen bis zum 31. März 1933 genehmigt worden.

Auf Grund dieser staatlichen Beihilfen wird am 1. Februar die Grube Petersbach bei Altenkirchen (Westerwald) den Betrieb in vollem Umfange wieder aufnehmen. Die seit Jahren schon stillgelegte größte Grube „Vereinigung" bei Wissen-Sieg wird voraussichtlich zum 1. April in Betrieb gesetzt.

Lokal- und Provinzialnachrichten.

— Bielefeld. **Busch-Quartett** am 3. Februar 1933.

„Man will's gar hoch ansetzen mit dem Quartett. Es soll das größte und schönste sein — ut dicunt — was ich geschrieben; die besten Virtuosen wetteifern hier, es zu spielen."

So schrieb Beethoven im Jahre 1825 an den Verleger Schott in Mainz über sein Streichquartett op. 127. — Schon nach der Uraufführung (März 1825 hatte man die überragende Bedeutung dieses Werkes erkannt. Und heute, über 100 Jahre später, geht das allgemeine Urteil immer noch dahin, daß dieses Quartett „das größte und schönste" ist, das Beethoven geschrieben hat. Auch heute noch „wetteifern die besten Virtuosen, es zu spielen". Daß bei diesem edlen Wettstreit dem Busch-Quartett die Palme gebührt, steht außer allem Zweifel. Für die klassischen Quartette kann man sich keine idealere Interpretation denken. Der Musikverein hat darum absichtlich für den bevorstehenden Busch-Abend Quartette der drei großen Klassiker: Mozart, Haydn und Beethoven gewählt. Ein großer, ungetrübter Genuß ist also zu erwarten.

Auf Wunsch des Busch-Quartettes wird das bereits veröffentlichte Programm (siehe Anzeige in der Sonntagsnummer) umgestellt. Als erstes wird das Mozart-Quartett (Köchel-Verz. 590) gespielt. Mozart hat es 1789 mit zwei weiteren Quartetten für den König Friedrich Wilhelm II. von Preußen, einen passionierten Cellospieler, geschrieben. In diesem sehr melodischen Quartett ist das Cello besonders bedacht. Es folgt dann eins von den vielen und immer wieder schönen Haydn-Quartetten (op. 64 Nr. 2) un zum Schluß Beethoven (op. 127).

Das vor einigen Monaten hier gehörte Kolisch-Quartett leistete auf seine Art ganz Hervorragendes. Das Busch-Quartett wird jedoch — „ut dicunt" — eine Steigerung hiergegen bedeuten. Der Musikverein „will's eben gar hoch ansetzen mit dem Quartett", und es wäre zu begrüßen, wenn das seit vielen Jahrenn nicht mehr hier gewesene Busch-Quartett von einem vollen Hause begrüßt würde.

W. Hinnenthal.

Statt besonderer Anzeige.

Heute früh 4 Uhr erlöste Gott der Herr nach langem schweren in großer Geduld ertragenem Leiden unsere liebe, gute, allzeit treusorgende Mutter

Frau Witwe Marie Fißmer
geb. Baute

im Alter von fast 68 Jahren.

In tiefer Trauer:
Wilhelm und Hanna Kinder
geb. Fißmer

Bethel, den 27. Januar 1933.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 31. Jan. 1933, 3½ Uhr auf dem neuen Friedhof in Gütersloh statt. Vorfeier in der Friedhofskapelle in Bethel um 2¼ Uhr.

Post-Bestellschein

Der Unterzeichnete bestellt hiermit 1 Exemplar des „Aufwärts".

Für Monat ..... 193 . Der Bezugspreis wolle von mir erhoben werden. Ich wünsche die Zeitung zugestellt zu erhalten*). Ich werde die Zeitung abholen*).

Name .....

Stand .....

Wohnort .....

Straße und Hausnummer .....

An das Postamt .....

Diesen Zettel in den Briefkasten werfen, dem Briefträger übergeben, oder an die Geschäftsstelle Bethel bei Bielefeld einsenden. Der Bezugspreis beträgt monatlich RM 1.25 und 36 Pfg. Bestellgeld.

*) Nichtzutreffendes streichen.

Über 2300 Beispiele
auf ca. 1500 Seiten

findet der Reichsgottesarbeiter in dem 3-bändigen Werk:

WITT, Der ewig reiche Gott

systematisch geordnet zu den Geschichten des Alten- und Neuen Testamentes.
In Halbleln., je RM. 5.40 (Teilzahlung. gestattet)

Zu beziehen durch die Buchhandlung
W. Gauer • Wiedenest-Rheinland
(Postscheckkonto Köln 40411)

SPARE AM RECHTEN ORT

d. direkten Bezug v. Einfuhrhafen. Als erfahrener Ueberseekaufmann biete ich (gem. Spr. 28.20) beste Qual. z. mäßigem Preise: **Geröstete Kaffee** (garant. ohne jede Brasilbeimischung) 2.40, 2.60, 3.—, 3.20 und 3.60 d. Pfd. **Tee:** 1.20, 1.40, 1.75 d. ¼ Pfd. — Bitte Probierpakete zu versuchen: Sortiment A 1½ Pfd. versch. Kaffes, ½ Pfd. versch. Tees, ¼ Pfd. Kakao) zu Mk. 7.—, Sortiment B (2 Pfd. ff. versch. Kaffee, ½ Pfd. ff. versch. Tee, ¼ Pfd. ff. Kakao) zu Mk. 10—, portofrei, gegen Nachnahme. Prospekte kostenlos.
Bremer Versandhaus Bätjer, Bremen, Franziusstr. 38

Evangel. Stiftsanstalten in Freiburg i. B.

1. **Haushaltungsschule:**
Gründliche Ausbildung in allen Zweigen der Hauswirtschaft, Küche, Handarbeit, Säuglingspflege und Kindergarten. Pensionspreis 75.— Mk. pro Monat einschl. Schulgeld. Anmeldungen an die Leitung, Hebelstr. 36. Uebertritt ohne besondere Prüfung in das
2. **Kindergärtnerinnen- u. Hortnerinnenseminar, Hebelstr. 34**
Zweijähriger Ausbildungslehrgang mit staatlicher Abschlußprüfung. Aufnahmealter: 17. Lebensjahr. Beginn des nächsten Lehrgangs nach Ostern 1933. Schülerinnenheim, Prospekt und Auskunft Hebelstr. 34.
3. **Ev. Studenten-** (Herrenstr. 7.)
und Studentinnenheim (Hermannstr. 16.)
Gute Unterkunft mit und ohne Pension.

Stellengesuche und Angebote haben im „Aufwärts" großen Erfolg!

Eisen-Betten Metall- u. Holz- Schlafzim. Stahlmatr. Kinderb., Polster, Chaisel., an jeden. Teilz. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Christl. Damenheim
Lindhorst (Sch.-Lippe)
ietet von 2,25 Mark täglich an gemütlichen Daueraufenthalt.

Winter in der Schweiz
Herrl. alpine Sonnenlage, 1060 m. Trautes Familienleben. Liegekuren. Schneesport. Ausbildg. von Haustöchtern. Notzeitl. niedr. Preise. Ill. Prospekt v. Dr. R. Burckhardt, Pfr. Evang. Erholungsheim **Hasliberghaus** Goldern (Berner Oberland).

Lehrwirtschaft Nassau/Lahn
Ausbildung junger Mädchen als Lehrlinge der ländlichen Hauswirtschaft in Küche, Haus, Gartenbau und Geflügelzucht. Examen vor der Landwirtschaftskammer.

Wir fordern
Arbeit und Brot!
Ein Warnruf an die Völker und ihre Führer von Bernhard Peters.
Broschiert 1.80, gebunden 2.70 Mk.
Wir sind der Auffassung, das uns in diesem Buche der beste Weg zur Rettung unseres Vaterlandes gezeigt wird.
Buchhandlung W. Gauer, Wiedenest, Bez. Köln

Th. Petzold's Tropfen
das allerprobte, viel tausendmal bewährte Mittel
bei Verdauungsschmerzen, Kopfschmerzen, Nierenleiden
Originalpackung mit Bild. Preis 1,80 Mk.
Zu haben in den Apotheken.
Alleinhersteller: **Chem. pharm. Laboratorium Teutoburg Gustav Vinnen, Bielefeld**

Bethel.

— Die **Gemeinde-Bibelstunde** fällt heute abend aus.

— **Christlicher Verein junger Männer.**

Auch die Bibelstunde fällt in dieser Woche aus.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schließfach 28. Für Geldsendungen Postscheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts", Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.